

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 1/2 eingetragene in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Fabrikanten-Anzeigen die 3 gespaltene Kolonnen-Zelle 50 j. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Wey. Druck von E. A. S. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: S. Schneider, Hannover. Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluß 3002.

Der Umsturz einer ganz gemeinen Menschenordnung.

Es ist wiederholt von ehrlichen bürgerlichen Gelehrten und Sozialpolitikern das große Verdienst der modernen Arbeiterbewegung anerkannt worden, die ganze soziale Frage energisch in Fluß gebracht, ihrer Lösung entgegengeführt zu haben. Aber mehr noch hat die Arbeiterbewegung getan. Sie sammelte die Arbeiter, um ihnen einen größeren Schutz gegen Ausbeutung und Unternehmervöllerei, um ihnen einen größeren Anteil am Arbeitsertrage und an den reichen Lebensgütern zu verschaffen. Sie gab damit dem Leben der Arbeiter wieder einen erhebenden und begeisterten Inhalt, gab ihnen die höchsten Ideale, befähigte sie zur größten Opferfreudigkeit und Solidarität. Mit Recht sagte im Jahre 1907 auf der religiös-sozialen Konferenz in Zürich der Pfarrer Tschirnhauer: „Währendem wir uns unsre Gedanken machten, hatten Tausende im Arbeitsmittel mehr gefunden als die Menge satter Philister: ein höheres Lebensziel!“ Ja, ein höheres Lebensziel haben die organisierten Arbeiter gefunden. Mit Macht streben sie diesem ihren höheren Lebensziel nach, schrittweise ringen sie den Unternehmern und der kapitalistischen Gesellschaft Zugeständnisse um Zugeständnisse ab, beharrlich und systematisch bereiten sie die Ablösung der herrschenden, gemeinen und niedrigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durch eine gerechte soziale Ordnung vor. Eine wirkliche und menschliche Ordnung soll und muß an die Stelle der herrschenden, gemeinen und niedrigen Gesellschaftsordnung treten.

Gemein und niedrig, so nannte erst kürzlich ein namhafter Theologe die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Es war der Theologieprofessor Baumgarten, der auf dem in der Pfingstwoche dieses Jahres in Hamburg abgehaltenen Evangelisch-sozialen Kongress dazu folgende Ausführungen machte:

„Wahrhaftig, es ist nicht unsre Meinung, daß diese Unordnung in der menschlichen Gesellschaft eine ewige Gottesordnung wäre, über die hinaus das Sinnen zu besseren Verhältnissen erheben könnte. Das kann keine Gottesordnung sein, daß Kinder in diese Welt gesetzt werden, die durch die ganzen Umstände dazu verurteilt sind, an die Lebensgüter niemals heranzukommen. Es kann keine Gottesordnung sein, daß neben den sich immer mehr häufenden Kapitalen eine große Zahl von Menschen nicht einmal das Existenzminimum für sich und die Ihrigen hat. Es ist keine ewige Gottesordnung, die sich in diesen geschichtlichen Verhältnissen zeigt, sondern das ist eine ganz niedrige Menschenordnung, geboren aus gemeiner Selbstsucht. Es ist eine niedrige Menschenordnung, gegen die ein evangelisch und sozial empfindender Mensch mit seinem ganzen Herzen und Triebe anzukämpfen verpflichtet ist. In diesem Sinne glauben wir daran, daß es einen Fortschritt gibt in der Gerechtigkeit und in der Liebe auf Erden, und daß es eine heilige Pflicht gibt, sich einzustellen in die Reihen derer, die vorwärtsdrängen, diesem Ziele entgegen.“

Geboren aus gemeiner Selbstsucht, aufgebaut aus der Profitgier des Kapitals, also gerichtet und verurteilt zeigt sich dem sozial empfindenden Menschen die herrschende kapitalistische Gesellschaftsordnung. Die Arbeiterbewegung, die zur Hebung der sozialen Verhältnisse in den Organisationen des Klassenkampfes zusammentrat, hat diese schreienden unsozialen Zustände, die aufreizenden Ungerechtigkeiten der kapitalistischen Unordnung, die zunehmenden Gegensätze zwischen Reichtum und Armut, zwischen Kapital und Arbeit, immer wieder aufgezeigt und bekämpft. Sie hat es einfach nicht fassen und glauben können, daß es eine gottgewollte Ordnung sein soll, wenn ihnen für eine das ganze Leben ausfüllende harte Arbeit, die für die Gesamtheit gelistet wird, nicht einmal so viel von dem reichen Ertrage ihrer Arbeit zuteil wird, um davon eine zureichende Ernährung, Bekleidung, Wohnung, Erziehung und Gesundheitspflege bestreiten zu können. Das kann keine menschliche und gerechte, geschweige denn gottgewollte Ordnung sein, die für die Folgen der unsozialen Verhältnisse, der Unterernährung, der Not und Arbeitslosigkeit, der Unsicherheit des Erwerbs, der gräßlichen Wohnungsverhältnisse und der schlechten Erziehung keinen andern Ausweg kennt als harte Strafbestimmungen und Strafanstalten. Gewiß sollte jeder sozial und gerecht denkende Mensch mit seinem ganzen Herzen und seinem ganzen Können gegen diese heilige Menschenordnung ankämpfen, aber nur die Arbeiterbewegung hat die dazu nötige sittliche Kraft und soziale Einsicht bekommen, während im Bürgertum nur einzelne Stimmen vernehmbar werden, die schließlich nur bei der klassenbewußten organisierten Arbeiterbewegung ein Echo finden. Nur die organisierte Arbeiterbewegung läßt den Worten auch die zielbewusste Tat, die energisch und beharrlich durchgesetzte Bekämpfung der niedrigen Menschenordnung folgen. Nur sie allein organisiert den Kampf gegen Ausbeutung und Entrechtung, gegen die ungeheuerliche Verelendung der Besitzenden auf Kosten der Nichtbesitzenden, nur sie arbeitet wirksam auf die Einführung einer besseren und gerechteren Ordnung hin. Das ist gewißlich eine heilige Pflicht, eine heilige, im Grunde tief religiöse Aufgabe, die aber nicht an irgendein konfessionelles Glaubensbekenntnis gebunden ist. Und der Durchführung dieser heiligen Aufgabe widersteht sich die kapitalistische Gesellschaft, widersehen sich die besitzenden Klassen mit aller Kraft, mit allen Mitteln der Verleumdung und der brutalen Gewalt. Geshiebt das aus gemeiner Selbstsucht? Will die kapitalistische Gesellschaft damit den bündigen Beweis erbringen, daß sich die herrschende Ordnung auf gemeiner Göttergier aufbaut? Sicherlich sieht sich

das Unternehmertum, sieht sich die kapitalistische Gesellschaft in der Existenz bedroht. Deshalb der Haß gegen die Arbeiter. Deshalb das Geschrei über die Unbotmäßigkeit und die Begehrlichkeit der Arbeiterbewegung; deshalb die Heße gegen die kämpfenden Arbeiter, denen die Gegner nachsagen, daß sie nur aus Streiklust und Machtbunkel, nicht aber aus sozialer Notwendigkeit heraus gegen die bestehenden Zustände ankämpfen; deshalb der Ruf nach neuen Ausnahmemaßnahmen zum Schutze der lieben Arbeitswilligen; deshalb das scharfe Vorgehen der Behörden und Gerichte, denen das Wort „Streikbrecher“ genügt, um brave Menschen hart zu verfolgen und mit ganz ungeheuerlichen Freiheitsstrafen zu treffen. Und weil die Klassenbewußte organisierte Arbeiterbewegung sich durch keine Macht der Welt von der heiligen Pflicht und dem heiligen Ziele abbringen läßt, weil sie keine Opfer scheut und ihre Macht täglich vergrößert, deshalb das Umsturzgeschrei der herrschenden Volksschichten, die sich „die Staatserhaltenden“ nennen!

Nun denn, mögen die „Staatserhaltenden“ Kreise noch so sehr gegen den „Umsturz“ der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wettern und wüten, die organisierte Arbeiterbewegung wird dadurch nur noch bestärkt in ihrem unerschütterlichen Willen, gegen die niedrige kapitalistische Ordnung mit allen Mitteln anzukämpfen und immer neue Kämpfer für die heilige Sache der ausgebeuteten, entrechteten und geknechteten Menschheit zu gewinnen. Wenn die Arbeiterbewegung dafür kämpft, daß alle Menschen Arbeit und satt zu essen haben, daß ihnen allen die Sonne scheint, Hineinläßt in geräumige und gesunde Wohnungen; wenn die Arbeiterbewegung dafür eintritt, daß die Kinder von jeglicher Erwerbsarbeit befreit werden und eine gute Erziehung genießen, daß der technische Fortschritt eine Erleichterung der Arbeit und eine Verkürzung der Arbeitszeit mit sich vereinigt, daß die reichen Lebensgüter allen Volksgliedern zugute kommen und daß den Volksfeinden und der Kriminalität durch gute Lebensbedingungen begegnet wird, so mag das die herrschende Gesellschaft nur immer als Umsturz bezeichnen: ein solcher Umsturz ist eine heilige Sache, eine befreiende Tat! Die Gegnerschaft der ganzen bürgerlichen Gesellschaft gibt den kämpfenden Arbeitern die Gewißheit, daß sie sich auf dem richtigen Wege befindet, daß ihre gute Sache marschiert; sie gibt ihnen aber auch die Gewißheit, daß sie diesen Kampf allein durchkämpfen müssen und daß sie nur zum Ziele kommen können durch den organisierten Massenkampf des Proletariats. Es gilt deshalb, die Werbekraft des Befreiungs- und Organisationsgedankens restlos auszunützen, immer und unermüdet neue Kampfgenossen zu werben. Mit vereinten Kräften vermag das arbeitende Volk viel, ja alles durchzusetzen: gute Lebensbedingungen, Licht, Luft und Sonnenschein für alle Menschen, gesicherte Existenz, Nächstenliebe und Lebensfreude. Die Bekämpfung und der Umsturz der niedrigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist das stolze Werk der organisierten Arbeiterbewegung, das mit Freude und Kampflust erfüllt.

Ein Krach im Lager der Gelben.

Innerhalb der sogenannten Gelben gibt es bekanntlich zwei Richtungen: die Berliner und die Essener. Die Berliner Richtung markiert die „Linke“, die Essener die „Rechte“ der Bewegung. Organ der Berliner ist der „Bund“, ein Privatblatt des unrühmlichst bekannten Rudolf Lebius, oder vielmehr seiner Frau, Organ der Essener Richtung ist der „Werkverein“. In den ersten Jahren vertrugen sich beide Richtungen leidlich, in der letzten Zeit spielen sie Hund und Katz. Die Berliner mimen die Aufrechten und beschuldigen die Essener, sie seien willenslose Heloten der Großunternehmer, die Essener hingegen werfen den Berlinern Verrat an den heiligen Prinzipien der gelben Bewegung vor. Dazwischen werden allerhand Interna ausgeplaudert und sonstige persönliche Anschuldigungen erhoben. Die Essener sagen den Drahtziehern der Berliner Bewegung offen nach, daß sie die gelbe Bewegung als ein Mittel zur persönlichen Bereicherung betrachten, und die Berliner attestieren ihren gelben Brüdern in Essen, sie seien nur gekaufte Subjekte der Unternehmer. Die Berliner wollen nicht unter die Herrschaft der Werksbeamten kommen, die in den Werkvereinen der Essener Richtung das Heft in den Händen haben, und die braven Essener wollen sich nicht in die Geistesnichtigkeit der Doktoren begeben, die den Bund regieren.

In den einzelnen Werkvereinen kam und kommt der Gegensatz meist so zum Ausdruck, daß um die Wahl des Vereinsorgans gekämpft wird. Dabei geht es allerdings meist gar nicht um irgend welche Grundsätze, sondern nur um das Geld. Beide Blätter zahlen nämlich von ihren Ueberschüssen Summen an die abonnierenden Vereine. Der „Bund“ kann dabei mit dem „Werkverein“ deshalb nicht konkurrieren, weil er seinem Besitzer eine Rente abwerfen soll, während der „Werkverein“ noch erhebliche indirekte Zuschüsse von den Großunternehmern bekommt. Der „Bund“ wurde denn auch mehr und mehr zurückgedrängt. In demselben Maße, wie er an gelben Abonnenten verliert, sinkt aber auch der goldene Ueberschuß für Herrn oder Frau Lebius. Und in demselben Grade, in dem dieser Ueberschuß zurückgeht, steigt der Grimm über den bösen Bruder in Essen. Wir werden gelegentlich auf die inneren Gründe und die äußeren Erscheinungsformen dieses Zwistes unter bösen Brüdern eingehen, heute mögen diese einleitenden Bemerkungen genügen, um die nach mancher Richtung hin bemerkenswerten Vorgänge auf der letzten gelben Tagung, über die wir unten kurz berichten, verständlich zu machen. Die im „Bund deutscher Werkvereine“ zusammengeschlossenen gelben Vereine hielten am 28. und 29. Juni in Augsburg, der Wiege und einstigen Hochburg dieser „unerschrei-

lichen Erscheinung“ ihren „Bundestag“ ab. Nach dem erstatteten Bericht zählt der Bund jetzt 207 Vereine mit 111 931 Mitgliedern. Der Zuwachs im Jahre 1912 betrug 94 Vereine mit 27 000 Mitgliedern. Diese verteilen sich auf die einzelnen Industriezweige wie folgt:

Bergbau	20 000
Metallindustrie	77 000
Chemische Industrie	6 000
Textilindustrie	3 000
Gummiindustrie	3 000
Glas- und Porzellanindustrie	1 000

Soweit die tatsächlichen Angaben aus dem Bericht. Das Drum und Dran ist belanglos.

Belanglos war auch die Debatte über den Bericht. Mehr Interesse beanspruchten einige Anträge und Abstimmungen, in denen die eben gezeichneten Richtungsunterschiede zum Ausdruck kommen. Zunächst wurde von dem Unterstützungsvereine der Siemenswerke zu Charlottenburg gefordert, daß dem § 1 der Satzungen folgender Zusatz gegeben werde:

Bei politischen Wahlen muß die etwaige Stellungnahme zugunsten des einen oder andern Kandidaten den einzelnen Vereinen überlassen werden, ausgeschlossen bleibt eine Stellungnahme zugunsten der Sozialdemokratie. Anderweitig darf der Vorstand oder die Delegiertenversammlung bei politischen Wahlen in irgendeiner Weise eine bestimmte Richtung nicht vorschreiben, damit ein Festlegen der einzelnen Vereine vermieden wird. Wohl aber verlangen wir ein entschiedenes Betonen des nationalen Gedankens. Aus einer Belästigung bei politischen Wahlen darf keinem Werkvereinsmitglied ein Nachteil in bezug auf seine Vereinsrechte erwachsen.

Die Essener bekämpften den letzten Satz des Antrages, der den Werkvereinen die Maßregelung wegen politischer Wahlen untersagt. Sie wollen den Werkvereinen das Recht erhalten, die Abstimmung ihrer Mitglieder bei politischen Wahlen zu beeinflussen, zu kontrollieren und zu bestrafen. Bei der Abstimmung fiel der Antrag mit 207 gegen nur 50 Stimmen. Mit Vierfünftelmehrheit hat also der gelbe Bundestag dokumentiert, daß er den politischen Terrorismus als sein gutes Recht betrachtet.

Ein zweiter Antrag der Berliner Vereine wollte dem § 2 des jetzigen Statuts beifügen:

„Vereine, die in irgendeiner Form auf das Streikrecht verzichten, werden nicht in den Bund deutscher Werkvereine aufgenommen.“

Im Gegensatz zu diesem vom Unterstützungsverein der Siemenswerke gestellten Antrag steht ein Antrag des Werkvereins Krupp in Essen:

„Solche Vereine werden in den Bund deutscher Werkvereine nicht aufgenommen, die in Streiklassen sammeln.“

Der Essener Antrag war natürlich reine Schifane. Denn er besagt das direkte Gegenteil des Berliner. In der Debatte sprach sich eine große Zahl von Rednern gegen beide Anträge aus. Man werde sonst in das Fahrwasser der christlichen Gewerkschaften geraten, die auch mit der Erklärung angefangen hatten, nicht streiken zu wollen, und sich heute in denselben Bahnen wie die Sozialdemokratie bewegen. Schönknecht-Berlin erklärte: Wir sind zu dem Antrag veranlaßt worden durch einen Vortrag des Privatdozenten Dr. Zimmermann im Verein für Sozialreform. Wir wollen uns doch nichts vormachen. Wo ein Werkverein bei einem sozial gesinnten Unternehmer besteht, ist kein Streit zu befürchten. (!) Bei einem unsozialen Arbeitgeber aber kann kein Werkverein bestehen. (Zustimmung.) Es ist kein Liebäugeln mit dem Streikgedanken und mit Streikabsichten, die zu dem Antrag geführt haben. Trotz dieser Versicherung, daß der Berliner Antrag ja im Grunde nichts als pure Scheuerei sei, wurde derselbe niedergestimmt. Nur 83 Stimmen wurden für den Antrag abgegeben, aber 189 dagegen. Auch den Schein, eine ehrliche Arbeitervertretung zu sein, wollen die Essener nicht.

Sie wissen, warum. Die großen Scharfmacher Mitteldeutschlands sind mit den Berliner Halbheiten nicht zufrieden. Sie wollen für ihr gutes Geld ganze Arbeit. Es genügt ihnen nicht, willige Diener zu haben, sie wollen Sklaven, denen sie vor aller Welt den Fuß auf den Nacken setzen können.

Ein dritter Antrag der Berliner forderte, daß Werksbeamte nicht in den Bundestag gewählt werden können. Die Essener beantragten prompt die Ablehnung des gestellten Antrages. Zwar ist ein Antrag auf Ablehnung eines Antrages ein parlamentarischer Unfug, aber die Essener wollten ihre Macht ganz auskosten. Und prompt lehnten sie den Berliner Antrag ab. Jetzt riß den Berlinern die Gebuld. Mit der Erklärung, sie hätten nach Ablehnung all ihrer programmatischen Anträge an den weiteren Beratungen des Bundestages kein Interesse mehr, trollten sie sich. Die Zurückbleibenden berieten ohne Kummer weiter.

Soweit die Vorgänge nach den offiziellen Darstellungen in der gelben Presse. Was darauf folgen wird, ist voranzusehen: verschärfter Kampf der Essener gegen die Berliner. Lebius sein Profifügen wird zurückgehen. Andre-Folgen hat der Auszug zu n ä h t nicht. Und doch ist der Vorgang noch unter andern Gesichtspunkten wertvoll. Insofern nämlich, daß in dem gelben Hofe schon der Wurm sitzt. Die Enttäuschten begannen sich zu rühren, die Einsicht dämmert, daß die mit den Gelben der Unternehmer aufgepöppelten gelben Organisationen ihren Mitgliedern nicht nur den Charakter verderben, sondern auch den Brotkorb höher hängen. Und der Magen ist ein empfindliches Organ. Er reagiert scharfer und energischer als das Gewissen. Noch können die gelben Drahtzieher ihre Puppen regieren, aber es wird eine Zeit kommen, wo ihnen das nicht mehr gelingt. Vielleicht ist dieser Zeitpunkt näher, als manche glauben.

Berechnung des Lohnausgleiches jetzt ist jetzt der Lohn auch für die Arbeiterinnen so festgelegt, daß sie die Stunde mitbezahlt erhalten.

Kassel. Die Arbeiter der Tonwarenfabrik von F. Schumann in Karlsruhen a. d. W., die bisher einen Stundenlohn von 19 bis 25 Pf.

Ludwigshafen a. Rh. Nach längerem Verhandeln kam mit der Firma Chemische Fabrik Pfeiffer u. Dr. Schwandner ein neuer Lohnvertrag zustande.

Ludwigshafen. Nach längerem Verhandeln kam mit der Firma Chemische Fabrik Pfeiffer u. Dr. Schwandner ein neuer Lohnvertrag zustande.

Mannheim. Die Firma Magarinfabrik G. Schlink u. Co. A.-G. sucht für ihre beiden Betriebe in Mannheim und Hamburg Arbeitswillige

Wäre die Firma ihren Arbeitern etwas mehr Entgegenkommen zeigen, dann bräuhete sie nicht unter solcher Flagge Arbeiter zu suchen.

Korrespondenzen.

Die Firma Chemische Fabrik „Weiler ter Meer“ in Chemnitz verleiht es mit Hilfe des Wohlhabensrummel noch außen den Arbeiter zu erweisen, als hätten die Arbeiter das Schlaraffenland

Auch die übliche Auslösung der Arbeiterkassen grenzt an rassistische Zustände. Bei den Arbeiterkassen im Säurebetriebe wurde den Arbeitern vom Meister ein höherer Lohn zugesichert.

Rundschau.

Ein Mahnwort an die Arbeiter in Staatsbetrieben. Durch die Quarantänemaßnahmen haben die Staatsbetriebe große Verluste

der Privatindustrie ebenfalls größere Arbeiterentlassungen vor, welche durch die Wirtschaftskrisen hervorgerufen werden; da haben dann aber die Entlassenen eine Stütze an ihrer Organisation durch die Einrichtung der

Polizei und Gerichte.

Ein unterhändliches Urteil. Ein Gerichtsurteil, das die preußisch-deutsche Justiz bligartig beleuchtet, ist kürzlich vom preussischen Kammergericht bestätigt worden.

Verbandsnachrichten.

Von den Protokollen der Papierarbeiterkonferenz ist noch ein kleiner Posten vorhanden. Zahlstellen, in deren Gebiet Papierfabriken liegen, werden gut tun, sich mit etwas über den notwendigen

Statistik für die Gummiindustrie.

Zahlstellen, die mit der Einwendung der Fragebogen noch im Rückstande sind, werden ersucht, dieselben bis 31. Juli einzufenden.

Aufforderung.

Die Mitgliedsbücher für Heinrich Semmler und Gustav Schneider sind gefunden worden und können unter Vorlegung ausreichender Legitimation vom Vorstand abgefordert werden.

Vom 6. Juli an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein: P. Sa. 10.—, St. 112, Kassen 2.—, Hirtsdörfer i. Schl. 1200.—

Neue Adressen und Adressen-Veränderungen. Bismarck. August Brinmann, Bruchstraße 4. Dortmund. Karl Volle, Frig-Reuter-Straße 1, l. Et.

Zahlstelle Magdeburg.

Den Bismarckern zur gefälligen Kenntnis, daß der Kollege Otto Grobkopf (Berbit) zum Ortsbeamten gewählt ist. Allen Bismarckern besten Dank.

Delmenhorst 2475,74. Dessau 2062,55. Eilfit 1029,38. Gierberg (S.-W.) 906,97. Hungenau 869,44. Weibel 759,39. Freiwald

Schluss: Montag, den 14. Juli, mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Kassierer.

Berechnung für das zweite Quartal 1918 haben ein

Bismarck, Harburg, Plau, Staßfurt, Kößlin, Reichenau, Lungenau, Genthin, Görlitz, Worne, Oesterode a. S., Langendls, Naubach

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen.

erhielt die Zahlstelle Zeitsatz: 10 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder, 5 Pf. pro

haben sich die Zahlstellen Salzbad mit Saarbrücken, Kößligke mit Schwarza.

wurde das Mitglied der Zahlstelle Gannau: Paul Waldmann, Karten-Nr. 328 556.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Table with columns: Buch-Nr., Name des Mitgliedes, Geburtsdatum, Eintrittsdatum, Eingetretten in. Lists members like Martin Böhmer, Wilhelm Fegel, Franz Kopp, August Witz, etc.

Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.

Bismarck. August Brinmann, Bruchstraße 4. Dortmund. Karl Volle, Frig-Reuter-Straße 1, l. Et. Meiseunterfügung bei Aug. Glauer, Blumstraße 2, 3. Et., von 6-8 Uhr abends.

Chemische Industrie

Die chemische Industrie Preußens im Jahre 1912.

III.

Erhebliche Gesundheitsschädigungen verursacht der Staub der Thomaschlacke. Zum Schutze der Arbeiter in Thomaschlackemühlen und -Ragern wurde 1909 eine Bundesratsverordnung erlassen, die 1911 eine Erweiterung, aber nicht im Sinne des Arbeiterschutzes erfuhr. Den Unternehmern wurde gestattet, für die Verpackung solcher Thomaschlackemehles, das direkt an die Landwirte geht, schlechtere Säcke zu verwenden. Von dieser Vergünstigung haben, wie der Düsseldorf-Beamte berichtet, vier Mühlen Gebrauch gemacht. Die höhere Verwaltungsbehörde erteilte die Genehmigung widerruflich bis Ende 1913. Falls diese Werke die Reinigung der Fußböden mit Staubsauggeräten vornehmen lassen, ist ihnen die Verwendung minderwertiger Säcke auch noch für spätere Zeit in Aussicht gestellt worden.

Zur Gewährung solcher Vergünstigungen ist aber vor allen Dingen notwendig, daß die Gewerbeinspektion in ihrem Gutachten, — das ja für die Gewährung ausschlaggebend ist — vermerkt, wie hoch die Erkrankungszahlen sind. Das scheint unsrer Auffassung nach nicht genügend berücksichtigt worden zu sein. In den Jahresberichten des Düsseldorf-Beamten findet sich seit Jahren eine sorgfältig geführte Statistik über die Zahl der Krankheitsfälle und Krankheitsstage. Allerdings sind immer nur die absoluten Zahlen mitgeteilt. Bei Umrrechnung derselben Zahlen in relative ergibt sich für die letzten Jahre von 1908 bis 1912 folgende Tabelle.

Es erkrankten von je 100 Arbeitern:

Jahr	in ganzen:				an den Atmungsorganen:			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
1908	50	73	111	88	28	22	62	13
1909	98	87	123	66	32	30	52	11
1910	102	60	163	52	32	11	76	14
1911	87	85	193	93	24	20	94	35
1912	72	60	173	105	17	14	97	22

Die Ergebnisse von fünf Jahren beweisen, daß von einer Besserung des Gesundheitszustandes verflucht wenig zu verspüren ist. Die Höhe der Krankheitsfälle ist geradezu fürchterlich. Mit Ausnahme von einem Werk sind überall Steigerungen bei der Gesamtzahl aller Krankheitsfälle zu verzeichnen. Nicht viel besser stellt es bei den Krankheitsfällen, die nur die Atmungsorgane betreffen. Der Rückgang wird durch die Steigerung weit aufgewogen. Wie unter solchen Umständen Vergünstigungen zum Schutze der Arbeiter gewährt werden konnten, ist uns unbegreiflich. Vor allen Dingen mußte die Gewährung dieser Vergünstigungen nicht nur von der guten Beschaffenheit gewerbehygienischer Einrichtungen, sondern auch vom jeweiligen Gesundheitszustand der Arbeiter abhängig gemacht werden.

Wie gewissenlos manche Unternehmer mit der Gesundheit der Arbeiterinnen umspringen, beweist ein Fall in einer Seidenweberei, der, da es sich um Schädigungen durch Thomaschlackemehl handelt, hier erwähnt werden soll. Zwei Arbeiterinnen des Betriebes waren mit dem Ausklopfen von Thomaschlackemehl beschäftigt. Ob das Ausklopfen maschinell geschah, berichtet der Beamte nicht. Trotzdem die Arbeiterinnen sich feuchte Schwämme vorbanden, erkrankten sie beide an schwerer Lungenentzündung. Der Beamte hat gegen den Unternehmer ein Strafverfahren eingeleitet, das zur Zeit der Abfassung des Berichts noch nicht erledigt war.

Schulzmannen.

In der Herstellung von Bleiglätte und Mennige haben sich in den letzten Jahren Umwälzungen vollzogen. Die Nitritfabrikation setzte in früheren Jahren auf weniger gefährlichem Wege einen Teil des Bleioxyds für die Mennigefabrikation. Die Gewinnung von Bleioxyd aus der atmosphärischen Luft macht das Nitritverfahren unrentabel. Die Folge war, daß das Bleioxyd wieder nach dem alten, gewerbehygienisch nicht einwandfreien Verfahren, im Flammenofen, gewonnen wurde. Seit einigen Jahren haben nun mehrere Fabriken des Kölner Aufsichtsbezirks ein englisches Verfahren eingeführt, bei dem es möglich ist, die Handarbeit im weitestgehenden Maße auszuschalten und die Staubentwicklung wirksam zu beschränken. Zur Bekämpfung der Bleigefahr ist Reinlichkeit der Arbeit von großer Wichtigkeit. Bewährt hat sich ein Fußboden aus gebrannten Ziegeln. Zum öfteren Anstrich der Wände haben die meisten Fabriken des genannten Aufsichtsbezirks Anstreichmaschinen beschafft.

Ueber die Beseitigung nitroser Gase an den Nitrierzentrifugen berichtet der Potsdamer Beamte: In Pulverfabriken war es bisher noch nicht zu verhindern gewesen, daß beim Öffnen der Deckel der Nitrierzentrifugen trotz sofortiger Wasserzugabe eine Menge nitroser Gase in den Arbeitsraum trat. Die Pulverfabrik Spandau hat diesem Uebelstand dadurch abgeholfen, daß die Zentrifugendeckel als Entlüftungsdckel ausgebildet und mit spiralförmigen, vom Ausblasefluge aus sich stetig erweiternden Kanälen versehen worden sind, durch welche die durch die Zentrifugentrommel nach außen geschleuberten Gase aufgenommen und der Entlüftungsleitung zugeführt werden.

Arbeitszeit.

Der Wiesbadener Beamte berichtet, daß im Werk Griesheim „Elektron“ neben der Einführung der Neunhundenschicht für Tagesarbeiter die 24stündige Wechselschicht in weitem Umfange dadurch beseitigt wurde, daß für eine Anzahl Betriebe die Achtstundenschicht eingeführt wurde, und in weiteren Betrieben Ersatzleute herangezogen werden. Für einzelne Posten mit ganz leichter Arbeit bestehn noch die 24stündige Wechselschicht. Dagegen sei es der Direktion im Werk Maental nicht gelungen, die 24stündige Schicht abzuschaffen. Die Arbeiter hätten sich der Abschaffung widersetzt, weil ihnen der entsetzliche Lohnausfall nicht vergütet wurde. Auch hätten sie den Ersatzleuten allerhand Schwierigkeiten bereitet. Der Beamte der Gewerbeinspektion macht sich allerdings die Sache recht bequem, indem er verstreuterweise die Direktion von aller Schuld freispricht. Die Ursache der rückständigen Handlungsweise liegt aber weniger an der Arbeiterschaft. Ihr Einkommen ist leider so gestellt, daß der Ausfall der paar Mark aus der 24stündigen Wechselschicht schwer ins Gewicht fällt. Obendrein wirkt die Direktion mit allen Mitteln dahin, daß diesen Lohnslaven die Möglichkeit genommen wird, sich mit Hilfe der Organisation bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpfen zu können. In ihrer Untertänigkeit verfallen solche Arbeiter denn auf die Anwendung verkehrter Mittel zur Verbesserung ihrer Lebenslage. Wenn die Direktion unter Anwendung brutaler Nachtmittel, wie Entlassung oder Veretzung an schlechtere Arbeit, Gelbe züchtet, so erwacht ihr andererseits die moralische Pflicht, daß sie unhygienische Einrichtungen beseitigt und zum Beispiel in diesem Falle den Lohnausfall bei verkürzter Wechselschicht deckt. Daß es der Arbeiterschaft gar nicht einfällt, sich der Verkürzung der Wechselschicht zu widersetzen, beweist deren Durchführung in andern Betrieben.

Bei der Einführung des Dreischichtensystems wurde von vornherein festgelegt, daß ein Lohnausfall nicht eintreten dürfe. Die Arbeitsleistungen mußten deshalb intensiver gestaltet werden. Infolge dessen war es nicht nötig, die Zahl der Arbeiter um ein Drittel zu steigern, es genügte vielmehr eine Steigerung um nur 10 bis 15 Prozent. Ueberanstrengungen der Arbeiter sollen nach den Angaben des Düsseldorf-Beamten vermieden worden sein. Bei der Einführung der Achtstundenschicht hatten die Betriebsführer Bedenken darüber, daß der Arbeiter seine freie Zeit im Wirtschaftshaus verbringen würde. Das ist hier wie auch an allen andern Orten nicht eingetreten. Warum soll denn gerade der Arbeiter dem Wirtschaftshaus verfallen, und warum nicht der Beamte, der schon länger den Achtstundentag hat? Nachdem nun schon so oft die Erfahrung gemacht wurde, daß Verkürzung der Arbeitszeit und ausreichende Entlohnung des Arbeiters wahre Kulturaktoren sind, ist es an der Zeit, den Achtstundentag in weitestgehendem Maße in die Praxis umzusetzen. Der Beamte berichtet: Heute zählen die Achtstundenarbeiter zu den solidesten Arbeitern der Farbenfabriken. Der Andrang zu den Stellen mit achtstündiger Schicht ist außerordentlich groß.

Die Wechselschichten vollziehen sich in den Elberfelder Farbwerten nach drei verschiedenen Systemen. In der organischen Abteilung, im Gas- und Wasserwerk wird die Wechselschicht so vollzogen, daß ein Mann 8, der andre Mann 16 Stunden arbeitet. Im Dampftriebwerk wird der Schichtwechsel durch zwei zwölfstündige Schichten bewirkt. In der Maschinenabteilung arbeiten zwei Arbeiter je 16 Stunden. Es ergeben sich nach dem ersten Schema 24 freie, nach dem zweiten Schema 32 freie und nach dem dritten Schema 48 freie Stunden. Allerdings kollidieren diese Regelungen mit den gesetzlichen Bestimmungen der Sonntagsruhe in mancher Hinsicht. Näher darauf einzugehen, ist uns heute nicht möglich.

Lebensalter.

Eingehendere Erhebungen wurden über das Lebensalter der beschäftigten Arbeiter in den wichtigsten Industriezweigen vor-

genommen. Leider sind diese Erhebungen nicht nach einheitlichem Schema gemacht worden. Für die chemische Industrie liegen aus rund 300 Betrieben mit zirka 51 500 Arbeitern Ermittlungen vor. Es standen im Alter

in der chemischen Industrie:		in allen wichtigen Industriezweigen:	
von 16 bis 21 Jahren	9 Prozent	16 Prozent	
" 22 " 30 "	23 "	26,6 "	
" 31 " 40 "	27,5 "	26,9 "	
" 41 " 50 "	19,2 "	18,3 "	
" 51 " 60 "	10 "	9 "	
über 60 Jahre	2,5 "	4 "	

Beide Aufstellungen beweisen, wie die Arbeiter im Alter von 40 Jahren aus den wichtigsten Zweigen der Großindustrie hinausgedrängt werden. Wenn das auch nicht immer durch Entlassung geschieht, so aber doch dergestalt, daß Arbeitslose im Alter von über 36 Jahren vielfach nicht mehr eingestellt werden. Die Resultate stellen sich in der chemischen Industrie für das Alter von 22 bis 60 Jahren günstiger als in andern wichtigen Berufszweigen. Es wäre nun vollständig verfehlt, aus dem höheren oder niedrigeren Lebensalter einer Gruppe Schlüsse auf die Gesundheitsgefahren der Arbeit zu ziehen, wie dieses einige Gewerbeinspektoren beliebten. Die Mehrzahl der Beamten findet für den günstigen Stand in der chemischen Industrie eine Erklärung darin, daß die Arbeit in der chemischen Industrie vielfach in Ueberwachungsstätigkeit, also in verhältnismäßig leichterer Arbeit bestehe, wodurch ein größerer Teil der Arbeiter älterer Gruppen, der Beschäftigung gewachsen sei. Weiter käme die Altersfürsorge der Großbetriebe der chemischen Industrie in Frage. Im Aufsichtsbezirk Wiesbaden waren 28,5 Prozent, im Aufsichtsbezirk Künen burg 25 Prozent der Arbeiter chemischer Betriebe über 40 Jahre alt. Im Aufsichtsbezirk Merseburg waren 46 Prozent der Paraffinarbeiter, in einer Seifenfabrik des Aufsichtsbezirks Stettin 39,7 Prozent der Arbeiter mehr als 50 Jahre alt. Der Aufsichtsbeamte von Potsdam berichtet, daß die Arbeiter privater Betriebe der chemischen Industrie seltener verbraucht werden, als die Arbeiter sozialistischer Betriebe der chemischen Industrie. So waren z. B. in privaten Betrieben 35,6 Prozent der Arbeiter über 39 Jahre alt, in staatlichen Betrieben hingegen 45,3 Prozent. In einer chemischen Fabrik mit Altersversorgung stellte sich die Zahl der über 49 Jahre alten Arbeiter auf 28,1 Prozent, in andern chemischen Fabriken des Bezirks auf 9,3 bis 12,5 Prozent.

Mithin basieren die Urteile und Schlussfolgerungen der Lebensalterstatistik auf mannigfacher Grundlage. Einzig richtig ist wohl die Schlussfolgerung, daß die heutige kapitalistische Produktionsweise Raubbau mit der Arbeitskraft des Arbeiters treibt, wodurch dieser viel zu früh hinfällig wird und in größeren Betrieben nach jahrelanger Dienstzeit ab und zu noch als Invalide mit leichteren Arbeiten beschäftigt wird, während die Invaliden kleiner Betriebe zur Entlassung kommen. Diese Umstände sprechen mit aller Deutlichkeit dafür, daß die staatliche Invaliden- und Altersversorgung im weitestgehenden Maße ausgebaut werden muß, damit die Opfer der kapitalistischen Produktionsweise vor dem allgrößten Elend bewahrt bleiben.

Ein Giftmord in der chemischen Industrie.

Unter der Anklage des Giftmordes hatte sich am 7. Juli vor dem Mannheimer Schwurgericht der 32 Jahre alte Fabrikarbeiter Karl Wolf aus Sinsheim zu verantworten. Unter geheimnisvollen Umständen starb am 17. Oktober vorigen Jahres, vormittags halb 8 Uhr, im Allgemeinen Krankenhaus zu Mannheim der in der chemischen Fabrik von C. F. Wöhler u. Söhne beschäftigte 32 Jahre alte Vorarbeiter Peter Friedrich Steffens. Am Tage zuvor, abends 6 Uhr, war Steffens in das Parkhaus gekommen und sagte, auf seine Kaffeetasse deutend, er habe eben aus der Kanne zwei Schluck genommen und fühle sich auf einmal nicht wohl. Er trank dann einen Schluck Wasser. Sein Zustand verschlechterte sich noch, selbst als er warme Milch und Karibaber Salz nahm. Steffens vermochte noch anzugeben, daß er morgens den Kaffee von zu Hause mitgenommen habe. Er habe nur abends davon getrunken. Es müsse ihm jemand etwas in den Kaffee geschüttet haben; seine Frau habe es aber nicht getan. Dann verfiel er in Bewußtlosigkeit. Man verbrachte ihn ins Allgemeine Krankenhaus, wo er am Morgen seinen schrecklichen Leiden erlag. Die Untersuchung der inneren Organe ergab das Vorhandensein von Anilin. Die gleiche Substanz bestand sich in der Kaffeetasse. Steffens war durch seine Strenge bei den Arbeitern nicht beliebt. Er war der Hydrochinabteilung zugeteilt, in welcher die zum Entwickeln der Photographien gebrauchten Chemikalien hergestellt werden, und sehr oft kam es zu Zusammenstößen zwischen ihm und seinen Arbeitern. Aus diesem Umstande schloß man, daß irgendein dem Vorarbeiter feindselig gesinnter Arbeiter demselben Anilin in den Kaffee geschüttet haben müsse. Als der Tat verdächtig wurden die Fabrikarbeiter Johannes Kungelmann und Karl Wolf in Haft genommen, weil sie die kritische Zeit in dem Maschinenraum gewesen waren, in

Die Kohlenoxydgasvergiftung — ein Teufelswert?

IV.

Nachdem er nun seine Position durch Zitierung von Bibelprüchen gefestigt zu haben glaubt, versucht er, den Beweis zu führen, daß der Teufel die Schatzgräber und Wächter in Jena getötet habe. Wir erfahren von ihm, daß der Student Weber, die Bauern Wesner und Jenner, die Wächter Kremppe, Beyer und Schumann hießen, während der Weinberg einem Schneider namens Heuschler gehörte. Er konstatiert, daß „die drei sauberen Gesellen, nämlich der Studiosus und die zwei Bauern“ ein Holzbohlenfeuer angemacht hätten. Den entstandenen Rauch hätten sie durch Deffnen der Tür entfernt. Nach der Beschwörungstätigkeit hatte Wesner noch einige Kohlen nachgelegt, was aber keinen besonderen Dampf verursacht hätte. „Wie denn solches der annoch lebende Studiosus beständig ausgesaget, und daß sie, von dem Kohlendampf nicht weiter intonombieret (belästigt) worden.“ Das ist begreiflich, da nach dem heutigen Stand der Wissenschaft Kohlenoxyd in verhältnismäßig absolut nicht wahrnehmbaren Mengen (D. R.)

Erdmann argumentiert dann weiter, daß doch auch der Student hätte „krepieren“ müssen, wenn „Kohlendampf“ die Todesursache wäre, zumal er von zarterer Leibesbeschaffenheit als die beiden Bauern gewesen wäre. Das dritte Argument befaßt sich mit den Erscheinungen an Jenners Körper. Er sagt: „3. Haben ja an Jenners die Phänomene (Erscheinungen) gemüßigte Anzeigen eines gewaltsamen Todes gegeben; wie dann an dessen Leibe hin und wieder blaue gleich als von Pulver geschossene Flecken, wie nicht weniger auf der Brust unterschiedene rote Striche, einer Feder-Ketten breit, als ob es stark gekratet wäre, und endlich vieles Gebülte so zum Umbe auf der rechten Seite heraus gelaufen gewesen, und zugleich die Zunge ziemlich weit

heraus, jedoch ohne Verletzung hangend, ganz frisch und in ihrer natürlichen Farbe, welche sonst bei denen suffocatis (Erstickten) braunschwarz erscheint, befunden worden.“ Die Flecke könnten aber nach seiner Ansicht auch nicht vom Hin- und Herstoßen auf dem Transportlarren verursacht worden sein, da in den entstellten Körpern das Blut nach 24stündigem Liegen längst geronnen sein mußte.

Aber auch die Wächter seien nicht durch Kohlendampf erstickt. Sie hätten, solange die Kohlen gedampft, die Läden des Häuschens offen gehabt und erst gegen 2 Uhr morgens, nachdem die Kohlen fast ausgeglüht gewesen wären, die Läden wieder geschlossen. Um 5 Uhr am gleichen Morgen hätte eine Ratsperson und fünf andre Personen die Wächter visitiert und „Kremppe und Beyer frisch und gesund, den Dritten, Schumann, aber auf der Erde liegend schlafend gefunden.“ Die Visitationskommission hat „mit denen zwei erstern über eine gute Stunde geredet, und nichts sonst, als an Beyer eine besondere Beängstigung wahrgenommen.“ Dabei sei ein Laden und Lüre offen gewesen. Kann hätte die Kommission wieder im Bett gelegen, so wäre sie benachrichtigt worden, daß Beyer tot und die zwei andern bewußtlos aufgefunden worden wären.

Warum die Wächter die Läden und Lüren fest schlossen, als sie allein waren, erklärt sich außer der Kälte noch aus folgendem Umstand: Während der bewußtlose Student auf einer Mittstufe nach Jena geschafft wurde, blieb bei den beiden Leichen der Wächter Beyer und der Welläuser Strauß zurück. Strauß war dann, „durch die Natur gezwungen, vor das Häuschen, um sich des Selbes Unfalls zu entladen, gegangen, allhier aber von einem teuflischen Visit (Besuch) in unbeschreibliche alteration (Aufregung) gesetzt worden, worüber er auch bei Rückkunft seiner anderen Kameraden geklagt, und gesagt, ich habe meinen Rest bekommen, ich bedarf nichts mehr, dabei sie zugleich gwarnet, daß sie ja nicht, es möchte ihnen auch antommen, was nur wollte, aus dem Häuschen gehen sollten, welches sie dann auch beobachtet.“

Strauß entfernte sich nach Rückkunft der übrigen Wächter, die dann die Läden und Lüren fest verschlossen. Das Kohlenoxydgas begann

nun auch bei den Wächtern schwere Verklemmungen hervorzurufen, wobei Teufelerscheinungen die Hauptrolle waren. Es berichtet Erdmann aus den Akten zur Stützung seiner Hypothese weiter: „Indessen aber, da der eine Wächter, namens Schumann, eingeschlummert, hätte sich nach 2 Uhren ein entsetzliches hartes Krachen erschallt an den Fensterladen, und nachmals an der Lüre hören lassen, welche denn auch zuletzt mit dem größten Ungeflüm aufgerissen worden, worauf sich der Geist in Gestalt eines Knabens von sieben bis acht Jahren von einer Seite zur anderen eine geraume Zeit wankend verspueren lassen, und gar merkwillich und vernehmlich zur Lüre wiederum mit der größesten Gewalt zugeschmissen, daß die zwei wachende und alles genau betrachtende Wächter, nämlich Kremppe und Beyer, nicht anders gemeinet, als daß die Lüre in viel tausend Stücke zerprungen wäre, auch darauf einer den anderen mit Bittern gefragt, ob er alles dieses gesehen und das Anblafen verspürt hätte? welches sie denn beiderseits mit einem beängstigten Ja beantwortet; hierauf sie aus großer Furcht getrieben über den Schlafenden hergefallen, und ihn um Gottes willen gebeten, daß er sie doch nicht in so großer Not verlassen möchte, darneben und insonderheit Beyer fleißig gebetet, und gesprochen: Herr Jesu, dir leb ich, Herr Jesu, dir sterb ich! und weil sie den Schlafenden nicht ermuntern konnten, sich die Angst bei ihnen um ein sehr großes vermehret, daß ihnen auch gleichsam die Haare gen Berge standen, und ganz dumm in Köpfen worden, daß sie fast von sich selbst drüber kommen, indem sie nicht anders gemeinet, als das der eine Kamerade schon hin wäre, und mit ihnen würde es doch zuletzt eben nicht anders werden; ob sie auch nun gleich durch die Ankunft obenwähnter Ratsperson etwas erleichtert worden, so hätten sie doch kurz nach deren Abwesenheit nicht gewußt, wie ihnen widerfahren, wie denn auch der Kremppe nicht Schumann hiervon bis diese Stunde keine weitere Nachricht geben können, dieses alles aber gerichtlich ausgesaget und beschworen, in dessen Beyer alsbald noch desselben Morgens Todes verfahren, Kremppe aber mit Mattern gleich einem Ausatz über den ganzen Kopf gequälert worden.“

dem die verhängnisvolle Kaffeetanne stand. Sowohl Kungelmann als Wolf leugneten hartnäckig die Tat. Die Staatsanwaltschaft setzte einen ungeheuren Ermittlungsapparat in Tätigkeit, der zum Ergebnis hatte, daß Kungelmann am 13. Januar d. J. wieder aus der Haft entlassen wurde, die Verdachtsgründe hatten sich gegen Wolf vermehren vermög, daß gegen ihn das Verbrechen wegen Giftmordes eingeleitet wurde. Er wurde wiederholt gefoltert, wie er sich zu ungewöhnlicher Zeit in und vor dem Maschinenraum in verdächtig Weise zu schafften machte, um zu sehen, ob ihm auch sein rüchloses Wehl gelang. Als er sein Spiel verloren gab, spielte er den willen Mami. Er wurde darum zur Beobachtung in die Wieslacher Heil- und Pflegeanstalt geschickt. Dort wurde festgestellt, daß der Angeklagte wohl an moralischem Schwachsinn leidet, aber für seine Tat verantwortlich zu machen ist. Wieder nach Manti heim gebracht und erneut vernommen, gab er nach und nach die Tat zu, um sie hier und da wieder abzulaugen; schließlich behauptete er, er habe zusammen mit Kungelmann die Tat begangen; endlich gestand er, sie allein ausgeführt zu haben, er habe aber nur wollen, daß Stessens die Sch... beläme. Das Urteil lautete auf 8 Jahre Zuchthaus, wovon 6 Monate Untersuchungshaft abgedrönet werden, und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren.

Damit die Reichsverbandstagespresse den Fall nicht als solchen aus sozialdemokratischer Pächtsucht geboren hinstellt, sei bemerkt, daß der Verbrecher unorganisiert war. Das ist übrigens für einflüchtige Leute selbstverständlich, denn organisierte Arbeiter haben andere Mittel, um sich gegen wirkliche oder vermeintliche Ungerechtigkeiten zu wehren; sie brauchen nicht zu Gift und Dolch zu greifen.

Notizen vom Wirtschaftsmarkt.

Die zum Dynamitruft gehörende Erzgebirgische Dynamit-Mtten-Gesellschaft in Geiger i. S. verteilt aus dem mit 97 600 (98 658) Mt. ausgefallenen Reingewinn 7,5 (5) Prozent Dividende, nachdem die Garantiefolge voll gefüllt ist. Dem Erneuerungsfonds werden weitere 16 134 Mt. zugeführt, wodurch er 464 831 Mt. erreicht. — Das Geschäftsjahr 1912 erbrachte für die Westdeutschen Sprengstoffwerke in Hagen einen Reingewinn von 194 737 (19 138) Mt. Aus demselben werden 24 Prozent rückständige Dividende auf die Vorkursaktion und 15 000 Mt. Lantime gezahlt. — Die Sprengstoffwerke von Dr. R. Rahn und Co. in Hamburg erzielten einen Bruttogewinn von 672 723 Mt., einen Reingewinn von 245 000 Mt. Zur Verteilung gelangen 6½ Prozent Dividende auf die Vorkurs- und Stamm-Aktien. — Die Nitratfabrik Ropenia weist einen Reingewinn von 122 000 (i. R. 233 000) Mt. aus. Die Dividende beträgt 6 (16) Prozent. Der Wäldgang wird auf die außerordentlich gedrückten Verkaufspreise zurückgeführt. — Die Zeitung der Chemischen Fabrik Grünau Landshoff u. Meyer, A.-G., teilt mit, daß die Betriebe gut, zum Teil bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt waren. Reingewinn nach 180 114 (207 673) Mt. Abschreibungen 352 661 (353 411) Mt. Dividende wieder 10 Prozent. Vortrag 55 371 (57 962) Mt. Das neue Geschäftsjahr verlief seither befriedigend. — Die Gemische Fabrik zu Heinrichshall brachte 1911 eine dreiprozentige Dividende zur Verteilung. Sie mußte aber, um diese Dividende verteilen zu können, 19 800 Mt. dem Dispositionsfonds entnehmen. Das Jahr 1912 erfüllte nicht die gehobenen Erwartungen. Der Warengewinn ging von 132 168 Mt. auf 116 144 Mt. zurück. Die Gesellschaft ermöglichte durch den Verkauf ihres Platinbestandes eine Dividendenverteilung. Nach Abhebung aller Unkosten beträgt der Ueberschuß 162 999 Mt., gegen 31 023 Mt. im Jahre 1911. Die Dividende wird von 3 auf 4 Prozent erhöht. — Die Chemischen Fabriken Oler und Braunschweig verteilen wieder 8 Prozent Dividende. — Der Reingewinn der Salpeterwerke Gildemeister A.-G. in Bremen stieg von 795 921 Mt. auf 931 497 Mt. Die Dividende beträgt wieder 10 Prozent. — Die Sprengstoff- und Patronenfabrik A. u. W. Alendorff (Schönbeck a. d. Elbe) ist in den Besitz der Obergeschleichen A.-G. für Fabrikation von Signalen, Schießwollfabrik für Arme und Marine, Kruppamühle (Obereschleichen) übergegangen.

Zwei Tote und ein Schwerverletzter.

Ein größtes Unglück ereignete sich am 8. Juli in der Chemischen Fabrik von E. F. Wöhler auf dem Bahnhof bei Mannheim. Drei Arbeiter waren an einem mit Säure gefüllten Kessel beschäftigt, als dieser plötzlich explodierte und der Inhalt sich auf die Bedeckungswärter ergoß. Der 40 Jahre alte Georg Trosthauser aus Wernheim starb nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus, der Arbeiter Hil. Müller aus Bhlis verstarb am gleichen Tage abends gegen 6 Uhr, während der dritte Verletzte, der 53 Jahre alte Abraham Schumacher aus Sandhofen, der in das Krankenhaus eingeliefert wurde, mit dem Leben davon kommen dürfte.

Keramische Industrie

Ziegeleibesitzer Schünhoff schreibt!

In Nr. 22 des „Proletariats“ veröffentlichten wir einen Artikel, der sich mit dem hannoverschen Ziegeleigebiet beschäftigte. Dieser Artikel hat hinter einem Ziegelhauften in Garßen bei Hannover ein grollendes Echo ausgelöst. Der frühere Schulmeister und jetzige Ziegeleibesitzer und Geschäftsführer des Ziegeleibesitzerverbandes „Wefer-Elbe“, Herr Friedrich Schünhoff, der in Garßen sein Zelt aufgeschlagen hat, sah sich nämlich veranlaßt, diesen Artikel nach richtiggehender Schulmeisterart zu vermaheln. In Nr. 26 der „Ziegelei-Zeitung“, dem Verbandsorgan der deutschen Ziegeleimeister, dem Organ für unfreiwillige Ziegeleimeister-Witze, legt er los. Man hört den Hohn richtig sausen! Nur schade, daß er immer vorbeitrifft! Nun ja, man kommt aus der Übung.

Den ersten Schlag führt er gegen unsre Darlegung, daß die Ziegeleiarbeiter, trotzdem sie ökonomisch und rechtlich schlecht gestellt seien, nicht gerade zu den besten Beschäftigten des Solidaritätsgedankens gezählt werden könnten. Dazu meint er:

Die Organisationsarbeit der Ziegler sind schon bedeutend älter als der „Proletarier“ und sein Fabrikarbeiterverband, und die Ziegler haben den Organisationsgedanken schon vertreten, bevor an den „Proletarier“ gedacht wurde. Nur die Behauptung darüber, daß die Ziegler in ökonomischer und rechtlicher Beziehung am schlechtesten gestellt sind, die war dem „Proletarier“ vorbehalten. Den Beweis für diese Behauptung hat er aber bisher noch aller Wärdigen nicht erbracht. Es gibt wohl wenige Ziegler, die nicht schon in einem andern Fabrik- oder sonstigen Betriebe gearbeitet hätten, es liegt ja jedem frei, in eine andre Branche überzugehen, was soll es also heißen, daß die Ziegler in rechtlicher und ökonomischer Beziehung am schlechtesten gestellt sind? Auf gut deutsch nennt man solche Behauptungen Lügen!

Platz! Der Hieb hätte geoffen, wenn der Herr Schulmeister — pardon, Ziegeleibesitzer, nicht infolge seiner Kurzsichtigkeit daneben gelaufen hätte. Die Organisation der Ziegeleiarbeiter ist älter als der Fabrikarbeiterverband! Wir können ob dieser Unwissenheit! Obwohl diese Frage in unserem Artikel gar nicht berührt wurde, so wären wir dem Herrn doch dankbar, wenn er uns nachweisen wollte, wo vor 1890, dem Gründungsjahr unseres Verbandes, eine Organisation der Ziegeleiarbeiter bestand, die als „energischer Vertreter des Solidaritätsgedankens“ anzusprechen ist. Gelingt ihm dieser Nachweis nicht, dann wäre seine Behauptung, wenn wir in seinen Ton verfallen wollten, „auf gut deutsch eine Lüge“. Wir lehnen es aber ab, den Spuren des ehemaligen Jugendbildners zu folgen, und nennen sie dann nur einen „Fetters“.

Eine Lüge soll es sein, daß die Ziegeleiarbeiter rechtlich und ökonomisch schlecht gestellt sind. Hat denn der gute Ziegeleiarbeiter wirklich hinter seinem Ziegelhauften geschlafen oder stellt er sich nur so? Er, der über die Organisation der Ziegeleiarbeiter so

gut unterrichtet sein will, weiß nicht, daß die Ziegeleiarbeiter einer tiefen Ausbeutung unterliegen, kennt nicht die amtlichen Urteile der Gewerbeinspektoren über die oft elenden, schmüßigen Wohn- und Schlafräume, über das Trudsystem in den Kantinen, über die Lohnprellereien durch die Zwischenunternehmer, über die Frauen- und Kinderausbeutung, er weiß auch nicht, daß die Ziegeleiarbeiter zum Teil noch täglich 12 Stunden schuften müssen, daß sie von Fäden und Wangen gepeinigt werden, daß ihnen die nötigsten Einrichtungen zur Gesundheitspflege vorenthalten werden, daß sie für ihre schwere Arbeit oft jämmerlich entlohnt werden, daß sie eine geordneter Lohnzahlung entbehren, daß man sie durch die Kampagneverträge jeder Bewegungsfreiheit beraubt, sie absperzt von andern Menschen, mit ihren Knochen Schindluder treibt usw. Alle diese Uebelstände, die in der Ziegeleindustrie historisch geworden sind, hat Herr Schünhoff noch nie beobachtet, sie sind für ihn einfach „Lügen“, selbst wenn sie amtlich bestätigt sind. Und einen solchen Mann, der mit Scheuklappen durchs Leben geht, stellen die Ziegeleibesitzer an ihre Spitze!

Natürlich versucht Herr Schünhoff auch den Nachweis zu liefern, daß es den Ziegeleiarbeitern gut geht, indem er einfach die Behauptung aufstellt, sie stellten sich mindestens so gut wie die Bergarbeiter. Mit diesem „Nachweis“ sieht es aber sehr windig aus. Er stützt sich nämlich auf eine „Feststellung des Ziegeleibesitzer-Verbandes“, nach der im Jahre 1911 der durchschnittliche Jahresverdienst der Bergarbeiter im Braunkohlenrevier 1200 Mark betrug, während einige Ziegeleiarbeiter in 7 Monaten über 1000 Mark verdient haben sollen. Aus dieser Feststellung leitete dann der Ziegeleibesitzer-Verband die wunderbare Logik her, die Ziegeleiarbeiter brauchten nur 12 Monate im Jahr zu arbeiten, dann könnten sie 1600 Mark verdienen und dann stellen sie sich besser als die Bergarbeiter. Es geht halt nichts über die Schlaueit der Ziegeleibesitzer. An dieser Schlaueit scheint auch Herr Schünhoff zu partizipieren. Aber weder der Ziegeleibesitzer-Verband, noch er selbst wird die Ziegeleien nachzuweisen vermögen, in denen die Ziegeleiarbeiter auch nur in ihrer Mehrzahl das ganze Jahr beschäftigt werden und 1600 Mark verdienen können. Die Herrschaften mügen einmal den Bericht der Ziegelei-Vereinsgenossenschaft studieren, dann werden sie finden, daß der Durchschnittsverdienst der Ziegeleibesitzer im Jahre 1911 ganze 772 Mk. betrug. Und dieser Verdienst ist für die Mehrzahl der Ziegeleiarbeiter das einzige Einkommen. Aber die Herren können es noch einfacher haben, sie brauchen nur ihre Lohnlisten durchzugehen, Arbeiter, die über 1200 Mark verdienen, werden sie wenige finden und auch bei Herrn Schünhoff dürften die 1200-Mark-Arbeiter auf einer Ziegelkarre Platz finden. Wenn nun Herr Schünhoff die Behauptung aufstellt, die Ziegeleiarbeiter stellten sich mindestens so gut als die Bergarbeiter, obwohl sie durchschnittlich 300 bis 400 Mark weniger verdienen, so ist das natürlich keine „Lüge“, sondern nur ein „Fetters“.

In unserem Artikel wurde Herr Schünhoff ein fanatischer Feind der modernen Arbeiterorganisationen genannt. Das will er aber nun gar nicht sein. Er meint, wir widerlegten uns gleich selbst, indem wir seinen Ausspruch zitierten: „Die Arbeiter werden durch die Verhältnisse geradezu gedrängt, sich zu Verbänden zusammenzuschließen, um ihre Interessen gemeinsam zu vertreten“, den er auf der Generalversammlung der Ziegeleibesitzer fallen ließ. Durch diesen Ausspruch hat er aber keinerlei Organisationsfreundlichkeit gezeigt, sondern nur die Tatsache konstatiert. Das kann aber jeder Schurmacher, ohne sich etwas dabei zu vergeben. Herr Schünhoff gesteht ja auch in demselben Atemzug ein, daß wir ihn richtig photographiert haben. Er schreibt nämlich:

„Die Ziegeleibesitzer wünschen für ihre Arbeiter nur solche Organisationen, die das Wohl der Arbeiter und der Ziegeleindustrie erstreben. Wir bemerken uns auch, dies Ziel zu erstreben, aber mit dem „Proletarier“ können wir nicht paktieren, weil dessen Bestrebungen unsern Arbeitern wohl zum Schaden, aber nie zum Segen gereichen können.“

Herr Schünhoff und sein Anhang will also die Organisation der Ziegeleiarbeiter. Aber durchaus nicht die Organisation, die sich schon Tausende Ziegeleiarbeiter gewählt haben, nicht den Verband der Fabrikarbeiter, der in den drei letzten Kampagnen für über 18 000 Ziegeleiarbeiter erfolgreiche Lohnbewegungen führte, nein, der ist ihnen zu gefährlich. Auch die „christlichen“ Verbändchen sind den Herrschaften nicht genehm, denn sie haben ja deren Forderungen im Vorjahre rundweg abgelehnt. „Wäterländische Zieglervereine“, das ist die „Organisation“, die sich die Ziegeleibesitzer für „ihre“ Arbeiter wünschen.

Es war um wirklich interessant, einen Ziegeleiarbeiter oder gar einen Ziegeleibesitzer kennen zu lernen, der ernstlich glaubt, daß eine Ziegeleiarbeiterorganisation, die von den Ziegeleibesitzern gewünscht und gefördert wird, den Arbeitern zum „Segen gereichen“ könne. Ein solches Exemplar wäre würdig, in einem Panoptikum unterkunft zu erhalten. Die „Wäterländischen Zieglervereine“ sollen doch keine Kampfbereine sein, sie sollen das „Wohl der Arbeiter“ nicht erkämpfen. Wie soll dieses „Wohl der Arbeiter“ aber sonst erreicht werden? Will vielleicht Herr Schünhoff und sein Verband den „Wäterländischen Ziegler“ den 10 stündigen Arbeitstag und eine angemessene Bezahlung freiwillig gewähren? Wenn ja, dann ist der Wäterländische Zieglerverein überflüssig, Herr Schünhoff kann schon heute mit seinem „Segen“ beginnen. Wollen die Ziegeleibesitzer die heutigen Uebelstände freiwillig beseitigen, dann nur einmal den Antrag gemacht, der „Wäterländische“ ist dazu gar nicht nötig. Wollen sie aber den Arbeitern auch in Zukunft Brot und Recht in dem jetzigen knappen Maße zubilligen, dann kann den Arbeitern nicht der „Wäterländische“, sondern nur eine starke Kampfbereine Organisation helfen, und das ist der Verband der Fabrikarbeiter. Die Wäterländischen Zieglervereine, nach denen Herr Schünhoff so sehnsüchtiges Verlangen hat, sollen nur das bishigen Selbstvertrauen und Selbstbewußtsein, das die Ziegeleiarbeiter noch haben, einschleudern, damit ihnen die Ziegeleibesitzer ungehindert das Zill über die Ohren ziehen können. Mögen die Arbeiter deshalb die Augen offen halten.

Herr Schünhoff stellt auch in Abrede, daß die Ziegeleiarbeiter nur ein Mittel zur Bereicherung der Ziegeleibesitzer sind. Er meint dazu: „Daß die Ziegeleindustrie heute weder für den Besitzer noch für den Meister Reichthümer abwirft, das preisen die Späßen von den Dächern, und jeder weiß es, der es wissen will, nur der „Proletarier“ natürlich nicht, der doch sonst das Gras wachsen hört.“ Wenn Herr Schünhoff als Geschäftsführer des Ziegeleibesitzerverbandes seine Verbandszeitung lesen wollte, dann könnte er sich diese alberten Anwürfe sparen. Er braucht nur den Ge-

manergrüßten und den Inseraten etwas Beachtung zu schenken und er wird finden, daß er sich wieder einmal „geirrt“ hat. Wirklich ist er auch einmal so gütig, darüber nachzudenken, wie die großen Ziegeleien mit ihren maschinellen Anlagen, die fast alle Wohnhäuser oder Villen der Ziegeleiherrn usw. entstanden sind. Da sich damit der Schweiß, die Arbeitskraft und die Gesundheit der Arbeiter oder der Ziegeleibesitzer verflüchtigt?

Und dann: wenn die Ziegeleindustrie so wenig gewinnbringend ist, warum ist denn nachher Herr Schünhoff nicht Schulmeister geblieben? Als solcher hätte er doch eine sichere Existenz, und konnte noch obendrein seine „Päffe“, die er uns verabsorgen möchte, ganz unüberdrossen los werden. Die Ziegeleindustrie muß also doch eine starke Anziehungskraft auf ihn ausgeübt haben. Und diese Anziehungskraft dürfte sicherlich weniger in der Ziegelei a r b e i t als in dem Ziegelei p r o f i t bestanden haben. Geht es denn Mann und seinem Anhang aber wirklich so schlecht, so hindert die Herrschaften ja niemand daran, ihre „berufsbildenden, aufreibenden Tätigkeit als Ziegeleibesitzer aufzugeben und in die Reihen der „gutgestellten“ Ziegeleiarbeiter einzutreten. Also bitte, Herr Schünhoff! Eine Ziegelkarre oder auch ein Streulöffel ist noch frei!

Schließlich kommt Herr Schünhoff wieder mit seinem „Witz“, der Fabrikarbeiterverband möge einmal eine Ziegelei betreiben und den Arbeitern das geben, was wir von dem Unternehmer fordern. Diesen Unfinn widerlegt er aber gleich selbst, indem er sagt: „Der einzelne kann allerdings in unserm heutigen Wirtschaftslieben nichts ausrichten, auch der Arbeitgeber nicht.“ Na also! Wenn wir unsre Forderungen an den einzelnen Ziegeleibesitzer richteten, so wäre das unsinnig, wir richten sie aber bekanntlich an alle Ziegeleibesitzer, und deshalb sind sie durchführbar, die Ziegeleiherrn brauchen nur einen Bruchteil des Wohlwollens, das sie für die Ziegeleiarbeiter in Worten bekunden, in die Tat umzusetzen.

Zum Schluß wird der Schulmeister a. D. noch nervös. Als er in unserm Artikel den Satz las: „Wenn die Ziegeleiarbeiter zusammenstünden mit dem großen Heer der Arbeiter in der Chemischen, Papier-, Gummi- und Lederindustrie, dann wären sie unüberwindlich, dann bildeten sie eine solche Macht, daß ihnen auch der arbeitereindlichste und profitgünstigste Unternehmer das Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen einräumen müßte“, da sagte der Herr Lehrer unwillkürlich nach dem Hohnstod, um uns zwölf aufzuzählen. Hören wir, wie die Schläge sausen. Er schreibt:

„Die Sache liegt eben in Wirklichkeit ganz anders, als der „Proletarier“ sie darstellt! Nicht die Arbeiter sollen einen Einfluß haben und eine Macht bilden, sondern die Führer und Helfer des Fabrikarbeiterverbandes möchten Einfluß und Macht gewinnen, und die Arbeiter sollen ihnen dazu verhelfen, und sollen zu diesem Zweck ihre Beiträge zahlen. Diese Herren sind es, die in der Arbeiterkassen ein Ausbeutungsobjekt sehen und deren Unwissenheit zu ihrer persönlichen Bereicherung ausnützen möchten.“

Das ist starker Tabak, Herr Lehrer! Ob den wohl ein Ziegeleiarbeiter vertragen kann? Wir glauben es nicht. Denn so geistig tiefstehend schätzen wir die Ziegeleiarbeiter doch nicht ein, daß sie solches Zeug glauben. Es ist auch gar nicht anzunehmen, daß es Herr Schünhoff selbst glaubt; er würde ja damit seine Unwissenheit über die gewerkschaftliche Tätigkeit der Arbeiterorganisationen eingestehen, er würde eingestehen, daß er tatsächlich hinter seinem Ziegelhauften geschlafen hat. Als „Führer“ der Ziegeleibesitzer dürfte auch ihm bekannt sein, daß der wirtschaftliche und geistige Aufschwung, den die Arbeiterkassen in den letzten Jahrzehnten genommen hat, nur den Arbeiterorganisationen zu danken ist. In jedem Kampfe mit den Unternehmern ist es ihnen gelungen, die Arbeitsfront herabzusetzen und zu mildern, die Arbeitslöhne auf ihren heutigen Stand zu bringen und die Entrechtung und Mißachtung der Arbeiter einzuschränken. Der „Einfluß und die Macht“ der Arbeiterorganisationen kam also den Arbeitern und nicht nur den „Hegern“ zugute.

Wenn heute die Ziegeleiarbeiter nicht mehr wie früher 16 bis 18 Stunden täglich schuften müssen, wenn sie für diese Schinderei nicht mehr mit einigen Groschen abgepeist werden, wenn sie nicht mehr in der früher üblichen Weise mißhandelt werden, so hat da sicher Herr Schünhoff nichts dazu beigetragen, sondern einzig und allein die Arbeiterorganisation war es, die das alles gegen den Willen der Ziegeleiherrn durchsetzte. So hat unser Verband in der Kampagne 1911 für 7777 Ziegeleiarbeiter eine Lohnhöhung von 411 414 Mark erwirkt. Und diese Summe, die früher Jahr für Jahr in den Kassenstrant der Ziegeleibesitzer wanderte, diente nicht zur „Bereicherung der Heher“, sondern sie floß in das sonst so magere Geldbeutelchen der Ziegeleiarbeiter. Jeder Ziegeleiarbeiter wird da wohl unsehwer herausfinden, wie sehr es mit der Behauptung des Herrn Schünhoff aussteht, er hat sich da sicher wieder „geirrt“.

Wie steht es aber mit dem Herrn selbst? Er ist als Geschäftsführer des Ziegeleibesitzerverbandes ja auch „Heher“. Nur, daß wir für die Beseitigung des Unrechts und für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter „hegen“, während Herr Schünhoff für die Erhaltung und Verschärfung des Unrechts und für die Herrschaft des Geldsacks „hegt“. Und er hat an seiner „Hehererei“ doppeltes Interesse. Einmal, um als Ziegeleibesitzer die drohende Gefahr von seinem eigenen Geldsack abzuwenden, und dann, um seiner Tätigkeit als Geschäftsführer zu genügen, wofür die Ziegeleibesitzer ja auch Beiträge zahlen.

Nun fragt der Mann noch an, wo die 80 Millionen hinkämen, die angeblich aus den organisierten Arbeitern „gepreßt“ werden. Dieser Wissensdurst kann gestillt werden. Er braucht nur unsere Jahresabrechnung vom Jahre 1912 zu studieren, so wird er finden, daß allein der Verband der Fabrikarbeiter — in diesem Jahre 2 097 220 Mark für Unterstutzungen an die Mitglieder zurückgezahlt hat. Und so ist es in allen Gewerkschaften. Die Beiträge, die den Arbeitern „abgepreßt“ werden, fließen also zum großen Teil als Unterstutzungen wieder an diese zurück, während der übrige Teil nach Abzug der Verwaltungskosten in den Kriegskassen der Gewerkschaften angesammelt wird, um in Zukunft den Kampf um Brot und Recht noch erfolgreicher führen zu können. Der Profit aber, der den Ziegeleiarbeitern jährlich von ihren sogenannten Herren abgepreßt wird, der wird dazu benutzt, die wirtschaftliche Macht der Herren immer mehr zu stärken, damit sie den „Zieglernechten“ den Fuß immer trotziger in den Nacken setzen können. Herr Schünhoff wird das zwar wiederum als „Lüge“ bezeichnen, aber schließlich kann eine beweislose Lebensart eines Ziegeleibesitzers, der noch nicht einmal das Ueb der Arbeiterbewegung beherrscht, am allerwenigsten den Ziegeleiarbeitern als Evangelium gelten. Die Wirklichkeit wird auch ihnen den richtigen Weg zeigen.